





### Zur Beitragsfrage

Nach der Revolution, und als wir den Achtstundentag erhalten hatten, vertraten viele die Meinung, die Gewerkschaften seien überflüssig. Doch das Gegenteil hat sich bewahrheitet. Seit der Revolution bis auf den heutigen Tag ist die Organisation mehr in Anspruch genommen wie je zuvor. Raum ist ein Tarifvertrag zum Abschluß gebracht, werden neue Forderungen gestellt. Das ist ein klarer Beweis, daß auch in Zukunft weder der revolutionäre Geist, noch die revolutionäre Gewalt dauernd bessere Existenzbedingungen schaffen kann. Noch nicht mal den Spielern und Wuchern hat man das Handwerk legen können. Es führt uns deshalb nur der opferbereite Weg gewerkschaftlicher Arbeit einer besseren Zukunft entgegen. Um dieses zu erreichen, müssen alle Mitglieder das größte Interesse haben, unserem Verbande finanziell so auszubauen, daß er allen kommenden Stürmen standhalten kann.

Am 1. Januar d. J. ist nun eine neue Beitrags-erhöhung von 1,50 Mark eingeführt worden, die aber den heutigen Verhältnissen schon längst nicht mehr entspricht. Denn die Einnahmen stehen nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Ausgaben. In den letzten zehn Jahren vor dem Weltkriege wurden durchschnittlich 10—15 Pf. über den tariflichen Stundenlohn als Beitrag gezahlt, heute noch nicht mal einen halben Stundenlohn. Der Stundenlohn hat sich verdrei- und vervierfacht, demgegenüber haben sich die Beiträge erst zum 1. Januar d. J. um 80% erhöht, also noch nicht mal verdoppelt. Wenn in den Jahren von 1904 bis 1914 120% des tariflichen Stundenlohnes gezahlt wurde, so beträgt er heute bei einem Stundenlohn von 3,50 Mark und 1,50 Mark als Beitrag nur 42,85%. Wer nun sagt: die Beitragspflicht ist auch von 40 auf 52 Wochen erhöht worden, was 30% Mehrleistung beträgt, so können diese 30% auch von 120% in Abzug gebracht werden, so bleibt trotzdem 90% des tariflichen Stundenlohnes zu zahlen, macht bei 3,50 Mark 3,15 Mark als Beitrag, also ein Verlust 90% gleich 42,85% sind 47,15% oder 1,65 Mark. Mit dieser 52 Wochen Beitragsleistung ist auch gleichzeitig die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt worden. In den kommenden Jahren ist wahrscheinlich außerhalb des Industriegebietes infolge der ungeheuren Verteuerung der Baukosten mit Arbeitslosigkeit zu rechnen, selbst in Industriegebieten kann das zeitweise eintreten, und so das Schmerzenskind unseres Verbandes werden. Daß dieses unhaltbare Zustände sind, wird wohl jedes Mitglied selbst einsehen. Viel richtiger wäre gewesen, wenn die Beiträge prozentual den Lohnsteigerungen gefolgt wären. Dieses war vielleicht nicht möglich, weil alle Kollegen fast restlos zum Kriege eingezogen waren, dann aber auch, mit dem Einsetzen der Revolution, durch das überstürzende Durcheinander, es unterblieben ist. Dieses muß nun zum Teil nachgeholt und wieder gutgemacht werden.

Zum 1. April d. J. empfiehlt sich eine Neuregelung der Beiträge und des Unterstützungswesens. Von unserer Verbandsleitung muß dieses frühzeitig geprüft, und müssen auch dahingehende Beschlüsse gefaßt werden. Ich halte einen Beitrag von 3 Mark für nicht zu hoch, 2 Mark für die Zentrale und 1 Mark Sozialzuschläge. Die Sozialzuschläge müssen den Bedürfnissen der kleinen Verwaltungsstellen angepaßt werden, um diese lebensfähig zu halten. Es ist nötig, daß die Beiträge fast den Stand eines Stundenlohnes erreichen, um nur annähernd das Verhältnis zu der Beitragszahlung zu den früheren Jahren wieder herzustellen. Auch beim Verbandskapital wirkt der niedrige Selbstkurs ebenso verheerend, wie beim Einlauf von Lebensmitteln und Kleidung. Darum gleich ganze Arbeit geleistet, denn dadurch sparen wir auch den Kassierern, und vor allem den Hauswirtschaftlichen viel Mühe und Arbeit.

Es werden auch die Kosten für die Aufrechterhaltung des ganzen Verwaltungsbetriebes doch gegen Friedenszeiten um das Fünffache steigen. Denken Sie mal an die Kosten unserer Verbandszeitung, Agitation, Miete, Licht, Heizung, Reinigung, Druckkosten, Schreib- und Packmaterial, Porto, Gehalt usw.; alles ist notwendig, und für die Zukunft werden die Ausgaben noch steigen.

Aber auch die großen Aufwendungen, welche für die Interessenvertretung der Kollegen selbst notwendig sind, sind in Rechnung zu stellen. Wir sind Hausarbeiter und gehen dem Frühjahr entgegen. Da ist es an der Zeit, soviel herauszuholen, wie eben möglich ist, um unseren Verdienst einigermaßen den Lebensverhältnissen anzupassen. Um dieses zu erreichen, freigeht sich die Arbeit der freigestellten Kollegen, insbesondere der Bezirksleitung immer mehr. Aber auch die Unkosten steigen sich, eine Sozialbewegung liegt der anderen, Konferenzen, Tarifkämpfe und sonstige Verhandlungen. Durch diese unruhige Arbeitslosigkeit werden auch die Hausarbeiter in der Zukunft empfindlich sein. Deshalb ist es an der Zeit, soviel herauszuholen, wie eben möglich ist, um unseren Verdienst einigermaßen den Lebensverhältnissen anzupassen. Um dieses zu erreichen, freigeht sich die Arbeit der freigestellten Kollegen, insbesondere der Bezirksleitung immer mehr. Aber auch die Unkosten steigen sich, eine Sozialbewegung liegt der anderen, Konferenzen, Tarifkämpfe und sonstige Verhandlungen. Durch diese unruhige Arbeitslosigkeit werden auch die Hausarbeiter in der Zukunft empfindlich sein. Deshalb ist es an der Zeit, soviel herauszuholen, wie eben möglich ist, um unseren Verdienst einigermaßen den Lebensverhältnissen anzupassen.

wir tagtäglich an uns selbst. Zur Unterhaltung unserer Sekretariate kommen dann noch Miete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Fahrgeiß, Speisen, Druckkosten, Schreibmaterial, Porto, Zeitungen, Telefon usw. hinzu, und dies ist doch für das allgemeine Interesse der Kollegen selbst.

Dazu kommen noch die Unterstützungen für Krankheit und Erwerbslosigkeit.

Wie leicht kann es nun auch möglich sein, in Streiks gedrängt zu werden, die nicht vorauszu sehen sind. Aber angenommen, 10000 Mitglieder müßten acht Wochen in Streik treten, sie erhielten durchschnittlich 28 Mark pro Woche, macht über 2 Millionen Mark. Es kann aber nicht mehr gezahlt werden, wie Geld zur Verfügung steht. Zum Krieg führen gehört Geld, und wiederum Geld, das hat der Weltkrieg gelehrt; aber auch zum Ringen des Arbeiterstandes, um bessere Lohnbedingungen, um dadurch einer besseren Zukunft entgegen geführt zu werden, gehören ebenfalls starke Finanzen. Das Unternehmertum wird auch noch in Zukunft, gerade wie in den früheren Jahren, unsere finanzielle Kraft prüfen, um zu wissen, wie widerstandsfähig unser Verband ist. Haben wir nicht in der Vergangenheit die erforderliche Opferbereitschaft gezeigt und uns dadurch Achtung erworben? Dieser alte Geist muß frisch aufleben und in Zukunft sich bewähren.

Andererseits müssen wir den sozialdemokratischen Gewerkschaften, besonders den radikalen Elementen, zeigen, daß wir trotz der Revolution als christlich-nationale Arbeiter fester, geschlossener bestehen, wie je zuvor. Daß wir selbst keine Opfer scheuen, um uns materiell zu stärken, und uns dadurch den Platz, den wir in den verflochtenen Jahren durch harte Arbeit erkämpft haben, auch heute noch zu verteidigen wissen. Nichten wir uns deshalb nicht nach anderen Organisationen, wo radikale Elemente am Werke sind, das zu zerbrechen, was mühevoll aufgebaut worden ist. Gerade in unserer Zeit kann für uns nicht entscheidend sein, was diese Organisationen betreiben, und deshalb müssen wir als Mitglieder so wohl, wie auch unsere Führer uns der Verantwortung in vollem Maße bewußt sein. Wenn nun bei uns der alte gute gewerkschaftliche Geist vorherrschend bleibt, wird es zu unserem Nutzen sein, und auch alle Mitglieder werden es begreifen, daß eine Beitragsverhöhung unbedingt erforderlich ist.

Arbeiten wir in diesem Sinne vor. Mären wir auf. Bieten wir alle Kräfte auf, um unseren Verband finanziell zu stärken, dann werden wir auch allen Stürmen von rechts und links standhalten, und dauernd ein starkes Rückgrad in unserem Verbande haben.

Joh. Berg, Bochum

### Allgemeines

**Verfügung des Vorkriegs.** Wie durch die Tagespresse bereits bekanntgegeben wurde, erfolgt vom 9. Februar ab eine Herabsetzung der Mehlration von 260 Gramm pro Kopf und Tag auf 200 Gramm. Außerdem wird das Getreide wieder höher ausgemahlen. Diese Maßnahme wurde vom Reichswirtschaftsminister schon lange in Aussicht gestellt. In einer Reichswirtschaftskonferenz in Stuttgart kündigte er am 8. Januar bereits an, wenn die Versicherungsprämien nicht den gewünschten Erfolg haben würden, würde eine höhere Ausmahlung des Getreides und im Notfall eine Herabsetzung der Ration erfolgen müssen. Es wurde nämlich kurz vorher (18. Dezember) eine Verordnung erlassen, nach der der Landwirtschaft besondere Versicherungsprämien gewährt werden. Der gewünschte Erfolg scheint also diese Versicherungsprämien nicht gehabt zu haben, zum Teil mag es darauf zurückzuführen sein, daß die Landwirtschaft glaubt, immer noch höhere Preise erzielen zu können. Zum Teil ist es aber auch darauf zurückzuführen, daß wegen Kohlenmangel nicht genügend geerntet werden konnte, und infolge unserer Transportnotlage die Ablieferung etwas spät. Zudem sind auch die Bestände etwas schneller zusammengesunken, weil viele Großstädte in den letzten Wochen anstelle der fehlenden Kartoffeln Mehl und Brot der Bevölkerung verabreichten. Eine gewisse Reserve muß aber die Reichsgetreidekasse in Händen behalten für kritische Tage. Deshalb ist jetzt die oben erwähnte Maßnahme beschlossen worden. Es besteht noch die Möglichkeit, Auslandsgetreide zu beschaffen, hierin muß man sich jedoch einschränken, weil wir infolge des schlechten Standes unserer Devisen wertvolle Preise für Auslandsgetreide zahlen müssen. Im Lande ist noch eine Menge Getreide, es muß schnellstens zugriffen werden, soll nicht ein großer Teil noch im Futtertrug oder im Speicher verfaulen. In der Aufwindung über die Herabsetzung wird von einer vorübergehenden Maßnahme gesprochen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Versicherungen wieder einen solchen Umfang annehmen, daß die Nation an Ernte des Jahres abgeben nicht werden kann. Wir werden sogar unsere Energie haben, um alle viel Auslandsgetreide zu beschaffen, wenn nur die Devisenlage sich bessert. Soll das nicht der Fall sein, so muß die Devisenversorgung gestärkt werden, und das ist in keinem Transport keine größere Schwierigkeit. Das Reichswirtschaftsministerium ist zu prüfen, ob es möglich ist, die Devisenversorgung in Geld und Devisen auszulagern. Jeder, der sich an diesen Dingen interessiert, sollte sich seiner Verantwortung bewußt sein, und seinen Teil dazu beitragen.

beitragen, daß wir über die schwierigen Wintermonate hinwegkommen.

**Extrabeiträge von 2 bis 6 M. pro Woche** Mitglieder der Sammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hamburg beschlossen.

**Woher die hohen Lederpreise?** Der Direktor der Wächener Lederfabrik hat für das Geschäftsjahr eine Dividende von 40 Prozent Da erzählt man ja wieder einmal vom freien Handel. Nur daß der arme Verbraucher wird bis aufs Blut. Das ist aber nur das rechte Bild; wie viel mag noch am Gewinn sein, um sie der Dessenlichkeit vorzuenthalten?

**Monopolverträge haben keine Gültigkeit** eine Anfrage unseres Kollegen Ehrhardt an die Debatte über das Betriebsrätegesetz über die leit von Monopolverträgen, erwiderte Minister. Nach der Auffassung der Regierung mit Tarifbestimmungen, die Arbeiter von den Betriebsräten, nur weil sie der Organisation einer Weltanschauung oder politischen Richtung angehören, deren gewerkschaftlicher Charakter aber außer Acht, den guten Sitten, aber auch unter Umständen Artikel 159 der Reichsverfassung. Sie sind daher unzulässig, und der Arbeitgeber wäre an sie gebunden. Auch kann die Regierung solchen keine allgemeine Verbindlichkeit verleihen.

**Ueber Terrorismus** schreibt die „Allgemeine Zeitung“: „In der bayerischen Antikrist- und in Ludwigsbafen sind eine Anzahl christlich organisierter Zimmerer beschäftigt. Das paßt den sozialdemokratischen Zimmerern nicht, man will die organisierten Arbeiter in den sozialdemokratischen hineinpressen. Als alle Ueberredungskünste und Drohungen nicht nützlich, wendete man Gewalt an. Am 29. wurde der Führer der christlich organisierten Zimmerer mit Erschießen bedroht, und als auch diese Drohung ohne Erfolg blieb, wurde der Mann von einer Anzahl sozialdemokratisch organisierter Arbeiter gefaßt, aber die Höllebank gezerzt, geschlagen und schließlich in die Hölle geworfen. Die Gesamtheit der organisierten Arbeiter von Ludwigsbafen meinsamkeit mit den christlich organisierten Arbeiter hat in öffentlicher Protestversammlung am 6. dazu Stellung genommen.“

**Ueber die Notlage des Baugewerks** Württemberg schreibt das „Deutsche Volksblatt“: „Die Landesbauernprüfungsstelle hat in Württemberg scharfe Bewirtschaftung der Bauern durchgeföhrt, dem droht dem Baugewerbe der Zusammenbruch. Der Grund hierfür liegt in der Not. Der Beitrag der Bauernprüfungsstelle gegen die völlig ungenügende Kohlenversorgung und das Notprogramm, durch das der Reichskommissar Kohlenausgleichsstelle Mannheim nur die lebenswichtigen Betriebe begründet, einen öffentlichen Test. In der letzten Beitragszahlung gab diesem den der Stelle, Architekt Hofherr, Ausbruch. Der Reichsdeutscher Bauarbeiterverbandes betonte, daß die Arbeiter, wenn nötig, durch Demonstrationen für eine Kohlenbelieferung eintreten werden. Vom Reichsdeutscher Bauarbeiterverband wurde angeführt, daß die zur Verfügung stehenden Zementmengen nicht einmal für die wichtigsten Reparaturen, wie sie die Sturmstöße beweisen, ausreichten sind. W. Barzel zeigte, wie die Baugewerbe zu völligem Stillstand verurteilt sind die Gipser und Stuckateurmeister Württembergs der Vorsitzende Schüler. Bauart Frick als Vertreter des Bundes deutscher Architekten beleuchtete den Holzhandel und machte darauf aufmerksam, daß die Preise an Holz nach Holland, der Schweiz, Frankreich und Italien gehen. Direktor Baumgarten (Ludwigsbafen) teilte mit, daß von sieben württembergischen Baufabriken sechs stillgelegt sind, ebenso die meisten Werke. Gegenüber der württembergischen Provinzialparlament wurde ein Mißtrauensvotum abgegeben, weil sie die Kohlenversorgung nicht die lebenswichtigen Interessen württembergischen Inlands berücksichtige.“

### Wirtschaftliche Bewegung

**Bezirk Freiburg**  
 Freiburg (Breisgau). Zimmerer. Am 7. nahmen die im christl. Bauarbeiterverband organisierten Zimmerer Stellung zu einer in Betracht der wachsenden Preise für alle Bedarfsartikel des Lebens notwendigen Feuerungszulage. Aus der Kenntnis heraus, daß ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen mit dem freien Zimmererverband Freiburg notwendig ist, beschloß man, die Bahnhöfe des Zimmererverbandes zu einer kombinierten Sitzung Besprechung über ein gleichzeitiges Vorgehen einzuladen. Die an den Vorsitzenden des freien Zimmererverbandes gerichtete Einladung hatte folgenden Wortlaut:  
 Freiburg im Breisgau, 4. 12. 19  
 An den  
 Vorsitzenden der Bahnhöfe Freiburg des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands  
 Herrn August Osterle  
 Hier  
 Rügefeste  
 Dieser Kollegen  
 Zur Mitteilung, daß die Arbeitsgruppe der Zimmerer im Zentralverband christlicher Bauarbeiter...



am kommenden Sonntag, 7. Dezember, in einer Mitgliederversammlung Stellung nimmt zu einer weiteren Steuererhöhung.

Wir machen den Vorschlag, im Laufe nächster Woche eine kombinierte Sitzung beider Lohnkommissionen abzuhalten, um den Weistern mit einer einheitlichen Forderung aufwarten zu können.

Diesbezügliche Antwort erwartend, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung  
J. A.: Fr. Dreisel.

In der hierauf erfolgten Antwort teilte uns der Weistern des freien Zimmerverbandes mit, daß von seiner Seite ein einheitliches Vorgehen mit dem christlichen Verband abgelehnt wurde. Den christlichen Zimmerern blieb deshalb kein anderer Weg als selbständig mit unserer Forderung von 0,50 M den Meisterverband heranzutreten. Wir bemerken ausdrücklich, daß die Höhe der von uns gestellten Forderung von 0,50 M schon festgelegt und einstimmig gutgeheißen ist. Bevor unsere Einladung an den freien Zimmerverband erfolgt war, der Meisterverband war zu Verhandlungen bereit, lehnte aber im voraus zu hochgehobte Lohnforderungen ab, dagegen sei er ohne weitere Verhandlungen bereit, die betragten 10 Prozent Zulage am 1. Dezember zu bezahlen. Im Verlaufe der Verhandlungen, während welcher von Seiten der beiderseitigen Kommissionen verschiedene Vorschläge zur Diskussion kamen, erlaubte sich ein Mitglied der freien Kommission folgende ungebührliche und aberkündigte Äußerung gegenüber dem Vorsitzenden des Meisterverbandes: „Wir sind ja doch die Dummen“, worauf dieser Verhandlung mit der Bemerkung abbrach: „Ich und die Kollegen wünschen nicht, daß die Arbeiter durch andere Abmachungen die Dummen seien.“ Gegenüber dem Weistern vom 27. Dezember mit tröstlichen Bemerkungen christlich organisierten Zimmerern die Schuld am Mißlingen der Lohnbewegung in die Schuhe zu schieben, indem sie in der ihr eigenen Weise den meist unzulässigen „Wohlschicht“-Besern ein vollkommen verwerfliches und erlogen Bild über den gesamten Vorstand unterbreitet. Die christlich organisierten Zimmerer haben keinen Grund, bei den Unternehmern, wie die „Wohlschicht“ bemerkt, „Lied Rind“ zu spielen. Noch weniger sind sie den freien Gewerkschaften in den Augen gefallen. Warum haben die frei organisierten Zimmerer ein einheitliches Vorgehen, daß gewiß einen guten Eindruck gemacht hätte, mit den „Christen“, wie die „Wohlschicht“ überlässigerweise verspricht, abgelehnt? Was am Zusammenbruch der Verhandlungen mit den Unternehmern ist lediglich das frei organisierte Kommissionsmitglied bezw. dessen unparlamentarischer Charakter während der Beratungen. Bezeichnend und charakteristisch für den freien Gewerkschaften würdig angepaßt die Methode, mit welcher der freie Zimmerverband christlich organisierten Zimmerern den Todesstoß versetzt wollte. Er teilte dem Meisterverband mit, daß er absieht, gleichzeitig mit dem christlichen Verband Verhandlungen zu treten. Der Meisterverband lehnte die Forderung ab. Mit diesem jeder ehrlicher Verhandlungsbereitschaft widersprechender Versuch, den christlichen Verhandlungen ein auszuweichen, haben die Genossen christlich keinen großen Ruhm erworben. Dieser Fehlschlag ins Wasser hat wieder einmal, wie so viele andere, bewiesen, daß bei den „roten Genossen“ Theorie Praxis in bezug auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gleiches wie Tag und Nacht.

**Die schwierige Lage des Baugewerbes**

In der vom Deutschen Wohnungsausschuß nach dem jüngsten preussischen Herrenhause einberufenen Tagung der Wohnungspolitiker gab u. a. Unterstaatssekretär Schmidt als Vertreter des preussischen Ministeriums für Wohnungswesen Erklärungen ab, die wegen ihres hoffnungslosen Pessimismus von der Versammlung dieser Bewegung aufgenommen worden sind und die Beachtung verdienen.

Unterstaatssekretär Schmidt wies u. a. darauf hin, daß die Baukosten heute das Zehnfache des Friedenspreises betragen und wir noch nicht am Ende dieser Preissteigerung sind. Wenn man daran denke, daß die Preise heute nur noch vier Pfennig auf dem Weltmarkt stehen und daß das Streben der Baustoffindustrie auf die Anpassung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise abzielt, so erscheint das Wohnungsproblem für Deutschland als finanziell unlösbar. Die Baukosten für städtische Wohnungen könnten durch praktische Mitarbeit der Hauseigentümer etwas herabgemindert werden. Es sei hier, daß der städtische Wohnungsbau mit Hilfe von Zuschüssen dem in mäßigen Grenzen stehenden Bedarf entsprechen könnte. Hier werde das Reich noch die Hebung der Steuerbefreiung der Gemeinden abnehmen.

Über den Bau von Stadtwohnungen werde ohne erhebliche Zuschüsse der Gemeinden nicht möglich. Die Regierung beabsichtige nun, provinziale Wohnungsgesellschaften zu gründen, um durch Zentralisation Einkauf von Baustoffen rentabler zu gestalten. Sie sieht jedoch gar keine Hoffnung darüber hin, daß diese Art von Zentraleinkauf nur eine kleine Preisermäßigung erzielen könnte. Geld sei heute das Problem überhaupt nicht. Wir müssen uns von vornherein sagen, daß das Bedürfnis nicht befriedigt werden kann. Eine Finanzierung ist nur möglich nach Maßgabe der öffentlichen Kräfte und diese sind infolge der Kriegslage im Jahre 1920 nicht größer sein als im Jahre 1919. Noch schlimmer als die Finanznot koste der Baustoffmangel auf der Baudeputation. Die Baustoffpreise sind durch die Kriegslage mit einer verheerenden Steigerung um die Fünftel und Baustoffbetriebe kaum 1920 nicht

**Am 14. Februar ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.**

gerechnet werden. Wir werden 1920 mit derselben Piefelnot wie 1919 zu rechnen haben. Wir müssen deshalb Ersatzstoffe suchen. Wir haben als solche Behm und Holz. Die Mittelungen, daß die Versuche mit Behm zu bauen mißglückt seien, sind von interessierter Seite in die Öffentlichkeit lanziert und entsprechen nicht den Tatsachen.

Das Holz werde hauptsächlich für die Bergarbeiterwohnungen im Ruhrkohlenbezirk gebraucht und selbst als Ersatzstoff für die Städte aus. Im Finanzministerium werde erwogen werden, ob und inwieweit die Baukosten auf die vorhandenen Wohnungen in Form einer Mietersteuer oder Wohnungsabgabe möglich ist. Wenn man eine derartige Abänderung in Erwägung ziehe, so sei man sich aber darüber klar, daß dies nur eine vorläufige Regelung für 1920 sein könne, die einer grundsätzlichen und weiter reichenden Regelung nicht den Weg verlegen dürfe. Eine solche müsse versucht werden. Zweifelhaft sei noch, ob man den Nutzungswert oder den Bauwert als Faktor in Rechnung stellen soll. Die Frage bedürfe weiterer Klärung. Jedenfalls müsse man sich aber auf den Standpunkt stellen, daß es sich dabei um eine Zweckabgabe handele, die nicht in den allgemeinen Steuerfächer fließen dürfe.

**„Unabhängige“ Freiheit**

Aus Poppot schreibt man uns: Seit einem Jahr hat die sozialdemokratische Partei die politische Macht erlangen und auch in Poppot eine Art sozialistisches Regiment eingeführt. Durch brutales Vorgehen, das auch vor Mißhandlungen Andersgeinnter nicht zurückredete, hat sie dieses Ziel erreicht. Wenn nun aber die Arbeiter geglaubt haben, daß eine bessere Zeit für sie anbrechen würde, haben sie sich schwer getäuscht. Für die Herren Arbeiterkräfte brach zwar eine gute Zeit an; dies zeigt wenigstens der Kampf, der um die Vertretung der Stellen unter den Genossen selbst einsetzte. Die Kapitalgeber und Volksausbeuter hielten selbst mit blauen Lippen nicht zurück. Eine Ablösung folgte der anderen; jeder war bestrebt, sein Geschäft zu machen. Natürlich mußte in den geheimen Versammlungen recht radikal aufgetreten werden. Auch manche andere Erscheinung war bemerkenswert. Als der Spielklub in Poppot entzogen und in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, waren auch hier die Vertreter der „werkstätigen“ Bevölkerung bald als ständige Gäste anwesend.

Kummern liegt der sogenannten Volksauschuß im Sterben. Er glaubte aber, vorher noch der Nachwelt ein Dokument seiner Bestimmung hinterlassen zu müssen, und zwar acht, ganz echt im Sinne der U. S. W. D., die sonst nicht genug über Unterdrückung der Freiheit jammern kann. Am Neubau der Kriegerheimstätten in Poppot waren mehrere auswärtige Kollegen beschäftigt, darunter auch unser Kollege Dulski-Danzig. Besterer wurde am 3. Januar durch geheime Wahl als Baudelegierter bestimmt. Als solcher war er verpflichtet, an den üblichen Sitzungen der Baudelegierten unter Führung des Volksauschusses teilzunehmen. Am 7. Januar war eine Sitzung mit folgender Tagesordnung anberaumt: Die Steuerbestanden. Gewiß eine dem Volksauschuß obliegende Aufgabe. Bei Beratung der Restanten erklärte Herr Haß nach Belieben: der muß zahlen. Nach mehrmaliger Wiederholung solcher Entschelds frage Dulski-einen neben ihm stehenden Delegierten, ob hierüber eine Sitzung schon stattgefunden habe. Diese Frage wurde verneint. Da zu der willkürlichen Handlungsweise des Haß sich niemand zum Wort meldete, hielt Kollege Dulski es für seine Pflicht, folgende Frage zu stellen: Was gedenkt der Volksauschuß in dieser Steuerfrage zu tun? Will er die Steuerpändungsbefehle ausführen oder sollen die Steuerreste in Raten zahlbar sein oder sollen die Restanten die Steuern unter Abzug der Kreissteuern für den Kreis Neustadt zahlen? Herr Haß als Vorsitzender des Volksauschusses erklärte, daß er Dulski keine Antwort hierauf geben würde, weil er, Dulski, aus Danzig und dazu auch noch christlich organisiert sei. Als Dulski darauf hinwies, daß er von 73 Kollegen gewählt worden sei und ihre Interessen zu vertreten habe, erklärte Haß, daß seine Partei beschlossen habe, mit christlich organisierten überhaupt nicht zu verhandeln, und forderte Dulski mehrere Male auf, den Sitzungsraum zu verlassen. Dulski leistete dieser Aufforderung natürlich nicht Folge, sondern legte Protest gegen die Handlung des Haß ein, worauf dieser Dulski den Raum vertrieb. Damit war nicht genug. Haß wollte es auch in Zukunft verhindern, daß Dulski die Arbeiterinteressen wahrnehmen könne, und forderte daher vom Bürgermeister von Poppot, den Dulski zu entlassen. Kollege Dulski erhielt darauf durch den Bürgermeister folgende Mitteilung:

„Nach Mitteilung des Volksauschussesmitgliedes Haß soll der Maurer Wilhelm Dulski aus Danzig, Katergasse 1b, bei den Kriegerheimstätten beschäftigt sein und die dortigen Arbeiter nach dem Ruf von Haß aufzulösen. Herr Haß regt an, den Dulski baldmöglichst zu entlassen.“

2. Arbeitsamt.  
1. 2. und sofortigen Mitteilung, ob Dulski als Danziger nach den vereinfachten Grundgesetzen nicht sofort entlassen werden kann.  
3) 1. Ende.  
Poppot, 3. 1. 20.  
gez. Unterschrift.

Herrn 1. Bürgermeister.  
Eine Abmachung mit Danzig in dieser Beziehung besteht nicht. Dulski kann sofort entlassen werden.  
Magistrat Arbeitsamt Poppot, den 10. 1. 20.  
gez. J. A.: Sturm.  
V.

1. 2. Wer ist für die Entlassung zuständig?  
2. 24 Stunden 3. 10. 1. 20.  
gez. Unterschrift.  
Poppot, den 12. 1. 20.

Für die Entlassung ist der örtliche Bauleiter der Kriegerheimstätten, Architekt Wolschön, zuständig.  
gez. Gentsch.

Ist an sich merkwürdig, daß ein Unabhängiger andere der Aufwiegelung bezichtigt, so wird in diesem Falle die Angelegenheit noch durch folgendes Dokument beleuchtet: Abschrift 2.

„Poppot, den 13. Januar 1920.  
Verhandelt barfchelt über die Entlassung des Koll. Dulski von den Kriegerheimstätten in Poppot, beim Architekten Wolschön, Poppot.

In der Angelegenheit, betr. der Entlassung des Maurers Wlth. Dulski aus Danzig, Katergasse 1b, erscheint der Maurergeselle Robert Kefjowski aus Poppot vom Bau der Kriegerheimstätten, Kronprinzenstraße, und erklärt folgendes:

Die Anschuldigungen gegen den Maurer Wilhelm Dulski, welcher nach Ausherrungen des Volksauschusses Mitglied des Haß die Arbeiter der Kriegerheimstätten in der Kronprinzenstraße nach Meister Wlth aufwiegelte, sind nach meiner Auffassung unzutreffend. P. Kefjowski führt durch nachfolgende Aeußerungen als Beweis für die Unschuld des p. Dulski folgendes an:  
Koll. Dulski ist Mitglied der christl. Gewerkschaft. Er hat in der Mittagspause seinen Kollegen über die Tendenzen der christl. Gewerkschaft Vorträge gehalten und sie in diesem Sinne aufgeklärt. Nach meiner Auffassung versucht das Volksauschussesmitglied Haß jeden anders organisierten Handwerker, der nicht seine Politik mitmacht, als Arbeitervertreter von der Baustelle zu entfernen.

Der p. Haß hat schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er mit christl. organisierten Handwerkern und Arbeitern überhaupt nicht verhandeln, und so die Vertretung der christl. organisierten Arbeiterschaft unmöglich macht.  
Ich führe den Fall Pasche an, der ebenfalls als Zeuge hierüber vernommen werden könnte.  
Die gesamte Arbeiterschaft der Baustelle, sowohl die christlich organisierte als auch die anders organisierte mit Ausnahme von einer Stimme, protestiert gegen die Entlassung des Maurers Dulski.  
Niemand von den Arbeitern auf der Baustelle hat gegen das Betragen des p. Dulski das Geringste einzuwenden, und doch wurde letzterer mit mehreren anderen Kollegen ohne Grund entlassen.“

Es handelt sich mithin um nichts weiter als um eine brutale Maßregelung. Was den im Schreiben des Bürgermeisters genannten Wlth anbelangt, so ist derselbe Parteigenosse des Haß, den er sogar als Vertreter für den Parteitag nach Leipzig mitwählte. Derselbe befindet sich jetzt in „Staatspension“. Haß hat es besser, er spielt, in seine Pelze gehüllt, den besseren Mann. Seine Herkunft ist trotzdem genügend bekannt.

Es ist immer das alte Spiel. Wo die Herren im radikalen Lager am Ruder sind, unterdrücken sie brutal jeden Andersgeinnter. Sogar unter Anwendung von Verleumdung, wie es im Fall des Kollegen Dulski geschehen ist. Durch unwahre Behauptungen des unabhängigen Volksauschusses ist Kollege Dulski, der weiter nichts getan hat, als die Interessen der Kollegen zu vertreten, und der gegen die willkürliche Handlungsweise des Haß Einspruch erhob, aufs Straßenpflaster gestoßen worden. Man sieht, wo die „Unabhängigen“ die Herrschaft führen, darf nicht gegen den Stachel gelockt werden. Und es finden sich auch Bürgermeister, die sich diesen Verfassungen fügen. Wenn aber der Volksverhetzung, der Aufwiegelung zu Gewalttätigkeiten der Unabhängigen entgegengetreten werden muß, dann scheitern sie Wort und Brand. Der Fall Dulski ist ein Beispiel dafür, was wir von einer Diktatur der „Unabhängigen“ zu erwarten hätten. Ungarn ist ein sprechendes Beispiel. Es würde auch bei uns in Deutschland nicht besser werden.

**Verbandsnachrichten**

Roesfeld (Westfalen). (Jahresbericht der Verwaltungsstelle.) Daß das Verbandswesen auch in unserer Verwaltungsstelle im verfloßenen Jahre sich gut entwickelt hat, davon gibt folgendes Zeugnis: Am Schluß des Jahres 1918 hatten wir einen Mitgliederbestand von 41 Aufgenommen wurden im Jahre 1919 82 Mitglieder, von Militär zurückgekehrt sind 19, zugereist sind 7, abgereist bezw. ausgetreten sind 28, so daß am Schluß des Jahres 191 Mitglieder vorhanden waren. Davon entfallen auf die einzelnen Berufe: 67 Maurer, 23 Zimmerer, 1 Dachdecker, 13 Zementeure, 34 Hilfsarbeiter, 1 andere Berufe. Es wurden innerhalb der Verwaltungsstelle drei neue Ortsgruppen gegründet, und zwar Hülserbeck, Darfeld und Seicher. An Beitragsmarken wurden 1812 Stück verkauft, welches eine Einnahme von 503,55 Mark ergab. Es trafen somit auf das Mitglied im Durchschnitt 47 Marken und an geleisteten Wochenbeiträgen im ganzen Jahre 49,50 M oder ein wöchentliches Beitrag von 0,97 M. Daß der eifrigen Tätigkeit der Baugewerkschaften war am Schluß des Jahres kein Mitglied mit dem Beitrag rückständig. In Unterabteilung wurde gezahlt: bei Kranzsch 404,20 M, bei Arbeitsamt 177,35 M, Mittelsunterabteilung 23 M, Steuerunterabteilung



